

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, Universität Mannheim
Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim
Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h.c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
Geschäftsführer: Dr. Horst Kräger, Universität Mannheim
Schriftführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim
Geschäftsstelle: Seminargebäude A 5, D-68131 Mannheim, Tel. (06 21) 2 92-34 57/27 27

Temporärer Ausschuß für Umwelt- und Ressourcenökonomie

Die Jahrestagung 1993 fand am 30. April und 1. Mai im Karl-Benz Haus in Ladenburg bei Mannheim statt. Die Tagung war thematisch nicht eingegrenzt und es nahmen 20 Mitglieder und 4 Gäste teil. Zum Vortrag kamen 8 Referate.

Dr. *Peter Michaelis* (Kiel) referierte über „The Economics of Greenhouse Gas Accumulation: A Simulation Approach“. Er zeigte effiziente Politiken zur Verminderung des Treibhauseffekts im Falle mehrerer Treibhausgase. Mit Hilfe eines dynamischen Optimierungsmodells wurden Bedingungen für eine effiziente Zusammensetzung von Treibhausgasen hergeleitet. Mittels Simulationsläufen konnte festgestellt werden, daß eine CO₂-Politik alleine höchstwahrscheinlich zu einer Allokation führt, die weit von der effizienten entfernt ist. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Rüdiger Pethig* (Siegen).

Dr. *Karin Holm-Müller* (Berlin) beschäftigte sich mit dem Thema „Neudefinition von Eigentumstiteln zur Lösung umweltpolitischer Probleme – die Rücknahmeverpflichtung im deutschen Abfallgesetz“. Gegenstand war die Möglichkeit einer Verpflichtung von Herstellern zur Rücknahme gebrauchter Produkte nach §14 Abfallgesetz. Diese Rücknahmeverpflichtung wurde als eine Neudefinition von Eigentumstiteln charakterisiert, welche dem Ziel einer Integration der Entsorgungskosten in die Produktionsentscheidung dienen soll. Bedingung für diese Internalisierung ist jedoch die physische Rückführung der Produkte. Im Referat wurde ein an einer Abgabenglösung orientiertes Instrument skizziert, welches eine Reihe der Probleme einer Rücknahmeverpflichtung vermeidet. Das Korreferat hielt Dr. *Eberhard K. Seifert* (Wuppertal).

Dr. *Frank Stähler* (Kiel) behandelt „The Economics of Compensating Environmental Services“. Zum Referat regte der Umstand an, daß das Konzept von internationalen Kompensationszahlungen bei globalen Umweltproblemen noch ziemlich in den Anfängen steckt. Im Beitrag wurde gezeigt, daß ernsthafte Komplikationen entstehen können, wenn die ressourcenbesitzenden Länder gering an der Zahl sind und der Reservationspreis des Zahlungswilligen sehr hoch ist. In diesem Fall kann eine abbauorientierte Konservierungspolitik mit einer kompensationsorientierten Politik im Widerspruch stehen. Das Korreferat hielt PD Dr. *Oskar von dem Hagen* (Oldenburg).

PD Dr. *Michael Rauscher* (Kiel) sprach über „Environmental Legislation as a Tool of Trade Policy“. In einer offenen Volkswirtschaft können umweltpolitische

Instrumente auch eingesetzt werden, um handelspolitische Vorteile zu erzielen. Im Beitrag wurde die Frage untersucht, unter welchen Bedingungen derartige strategische Überlegungen die Umweltqualität und die ökonomische Wohlfahrt reduzieren. Als handelspolitische Ziele werden die Verbesserungen der terms of trade sowie die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Firmen angesehen. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Klaus Conrad* (Mannheim).

Prof. Dr. *Hannelore Weck-Hannemann* (Zürich) durchleuchtete die „Mineralölbesteuerung in den EG-Ländern – eine politisch-ökonomische Analyse“. Den Hintergrund bildete Skepsis und Widerstand in vielen Mitgliedsländern zu den steuerpolitischen Harmonisierungszielen der EG-Kommission, da mit einer Verlagerung von steuerpolitischen Kompetenzen auf die EG-Ebene einerseits Effizienzgewinne ebenso wie Effizienzverluste und andererseits Verschiebungen im nationalen Steuerertrag verbunden sind. In der Arbeit wird der Versuch unternommen, eine politisch-ökonomische Basis für eine positive Theorie der Mineralölsteuerepolitik zu entwickeln und die aus einem Medianwähler- und einem Leviathan-Ansatz gewonnenen konkurrierenden Hypothesen über die Bestimmungsgründe der Steuerpolitik einer empirischen Überprüfung zu unterziehen. Der ökonometrische Test gibt Hinweise darauf, daß die von der Kommission betonten Verzerrungseffekte durch nationale Steuersatzunterschiede gegenüber der Einbuße an nationaler Besteuerungssouveränität in der Vergangenheit nicht dominiert haben. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Gebhard Kirchgässner* (St. Gallen).

Dr. *Erik Gawel* (Köln) behandelte „Marktliche und außermarktliche Allokation in staatlich regulierten Umweltmedien: Das Problem der Primärallokation durch Recht“. Ansatzpunkt ist die Feststellung, daß die traditionelle Umweltökonomik sich bislang am Zustandekommen ordnungsrechtlicher Normen kaum interessiert gezeigt hat. Im Regelfall wurde vielmehr ein exogenes Hineinwirken in die individuelle Sphäre angenommen und die ordnungsrechtliche Eingriffsvorname im modelltheoretischen Zusammenhang mit der Setzung harter Emissionsmengengrenzwerte identifiziert. Im Referat wurde der Versuch unternommen, den Erstausrüstungsprozeß von Umweltgütern zu endogenisieren. Das Korreferat hielt Dr. *Heinz Welsch* (Köln).

Prof. Dr. *Johannes Hackmann* (Hamburg) vertrat die These der „Überlegenheit von Schadstoffsteuern bei Berücksichtigung von Informationsproblemen“. Es wurde eine marktsimulierende Schadstoffsteuer vorgeschlagen, die Ähnlichkeit mit einer iterativen Pigou-Steuer hat. Ein konzeptioneller Unterschied besteht jedoch darin, daß nicht von einer politischen ex-ante Festlegung der Schadstoffsteuersätze ausgegangen wird, sondern von einer stärkeren Imitierung des Konkurrenzmarktes. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Hans G. Nutzinger* (Kassel).

Im abschließenden Vortrag von PD Dr. *Georg Erdmann* (Zürich) zum Thema „Innovationsorientierte Umweltpolitik“ wurde darauf hingewiesen, daß die relevante Frage zur Rolle der Innovation im technischen Prozeß nicht die ist, ob Innovationen die Umweltprobleme lösen können oder nicht, sondern vielmehr welche Art von Innovationen geeignet sind, wie derartige Innovationen ausfindig gemacht werden können und wie der innovative Prozeß in Richtung der Lösung von Umweltproblemen gelenkt werden kann. Der Referent stellte die Grundzüge einer evolutarischen Ökonomik vor und leitete die Implikationen für eine wirkungsvolle Umweltpolitik ab. Behandelt wurde dabei die evolutarische Rolle von Umweltsteuern und die Organisation des Wettbewerbs für umweltgünstige Innovationen. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Jürgen Franke* (Berlin).

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird am 29./30. April 1994 wieder in Lauburg stattfinden. Voraussetzung ist, daß der erweiterte Vorstand der Gesell-

schaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf der Jahrestagung 1993 in Münster dem Antrag der Mitglieder des temporären Ausschusses auf Umwandlung in einen permanenten Ausschuß zustimmt.

Prof. Dr. K. Conrad, Mannheim

Finanzwissenschaftlicher Ausschuß

Die Arbeitstagung des Ausschusses fand vom 1. bis 4. Juni 1993 in Nürnberg zu dem Generalthema „Aufbau und Finanzierung der Sozialversicherung aus finanzwissenschaftlicher Sicht“ statt.

Prof. Dr. *Klaus-Dirk Henke* (Hannover) und Dr. *Wulf-Dietrich Leber* referierten zum Thema „Territoriale Erweiterung und wettbewerbliche Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – Zur Übertragung eines reformbedürftigen Krankenversicherungssystems auf die neuen Bundesländer –“. Einleitend wurden ausgewählte Problembereiche des Anpassungsprozesses im Gesundheitswesen diskutiert. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Umstrukturierung im Bereich der ambulanten Behandlung, und hier speziell den Übergangsregelungen seit der Vereinigung, dem Nachholbedarf der neuen Länder im stationären Sektor und dem Aufbau der Verwaltungsstrukturen des Krankenversicherungssystems in Ostdeutschland. Die Referenten gaben einen kurzen Überblick über die Finanzlage der GKV Ost und über das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992. Ein weiterer Gegenstand des Vortrags war die wettbewerbliche Neuordnung der GKV. Abschließend befaßten sich die Referenten mit der Frage, ob die Erweiterung und Neuordnung der GKV in der Bundesrepublik Deutschland als Modellfall für die osteuropäischen Staaten angesehen werden kann. Im Mittelpunkt der nachfolgenden Diskussion standen Risikostrukturausgleich und Wahlfreiheit als Elemente einer Wettbewerbsordnung für die gesetzlichen Krankenkassen.

Prof. Dr. *Norbert Andel* (Frankfurt) referierte über „Die Rentenversicherung im wiedervereinigten Deutschland: Einseitige Übertragung oder zweiseitige Anpassung“. Zunächst wurden die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Rentenversicherungssystem der alten Bundesrepublik und demjenigen der DDR herausgearbeitet. Anschließend befaßte sich der Referent mit den gesetzlichen Regelungen zum Umbau der Rentenversicherung im Zuge der deutschen Einheit und der politischen Diskussion um das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG). Weitere Gegenstände des Vortrags waren die Zusatz- und Sondersversorgungssysteme. Hier wurden zunächst die Zielsetzungen und Ausgestaltungen solcher Systeme in der DDR dargestellt und anschließend die diesbezüglichen Regelungen der Staatsverträge und des RÜG erörtert. Schließlich wandte sich der Referent den mit der administrativen Umsetzung der zuvor geschilderten Rechtsvorschriften verbundenen Schwierigkeiten und den ökonomischen Wirkungen des Umbaus der Rentenversicherung zu. In der nachfolgenden Diskussion kam der potentiellen Diskriminierung durch das Rentensystem sowie den Unterschieden zwischen der gesamten Altersversorgung und den Renten besonderes Gewicht zu.

Prof. Dr. *Klaus Mackscheidt* (Köln) behandelte das Thema „Die Transferaktivität der Bundesanstalt für Arbeit nach der Deutschen Einigung – Dynamik und Effizienz“. Zunächst gab der Referent einen Überblick über die Entwicklung der Ausgaben der Bundesanstalt seit 1989. Um die Bedeutung dieser Zahlungen zu unterstreichen, wurden überdies die einigungsbedingten Ausgaben der Bundesanstalt mit den Finanzströmen verglichen, die von anderen öffentlichen Institutionen

in die ostdeutschen Bundesländer geflossen sind. Der Referent stellte überdies ein Modell vor, das die tatsächlichen Leistungen der Bundesanstalt mit denjenigen vergleicht, die sich auf der Basis der durchschnittlichen Arbeitslosenquote, gewichtet mit der (Erwerbs-)Bevölkerungszahl, ergäben. Weitere Gegenstände des Vortrags waren die Analysen einzelner Maßnahmetypen und mögliche Effizienzprobleme beim Zusammenwirken von aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik. Zum Schluß des Referats wurde die Frage erörtert, ob Lohnsubventionen eine geeignete Alternative zu traditionellen Arbeitsmarktpolitik darstellen. Den Schwerpunkt der intensiv geführten Diskussion bildete eine kontroverse Erörterung der Argumente für und gegen Lohnsubventionen, vor allem im Vergleich zur Subventionierung von Investitionen.

Die Arbeitstagung 1994 soll wiederum und vorläufig letztmalig zum Generalthema „Probleme in den neuen Bundesländern“ speziell zu Fragen des kommunalen Finanzausgleichs und zur Infrastrukturproblematik stattfinden. Vorgesehener Tagungsort ist Wien.

In der Mitgliederversammlung des Ausschusses wurde Prof. Dr. Alois Oberhauer, Freiburg (Br.), zum Vorsitzenden für die Jahre 1994 und 1995 gewählt.

Prof. Dr. K.-H. Hansmeyer, Köln

Sozialwissenschaftlicher Ausschuß

Die Ausschußtagung 1993 fand vom 22. bis 24. April in Ladenburg statt. Zum Vortrag kamen sechs Referate.

Den Eröffnungsvortrag über „Dimensionen der Befriedigung“ hielt Prof. Dr. Gerhard Scherhorn (Universität Hohenheim). Der Erklärung wirtschaftlichen Verhaltens auf der (traditionellen) Grundlage der Wahlhandlungstheorie stellt der Referent entgegen, daß es zum Verständnis wirtschaftlicher Verhaltensweisen erforderlich ist, zwischen Ergebnisnutzen, Handlungsnutzen und Ausstattungsnutzen zu unterscheiden. Beim zweckmäßigen Einsatz knapper Mittel ist jede der dahinterstehenden Dimensionen der Befriedigung zu berücksichtigen. Eine der Wurzeln für die Validität dieser Dimensionen besteht darin, daß die Menschen nach einem relativen Wohlstandsvorsprung streben. Wichtig zum Verständnis dieses Denkansatzes ist die Trennung zwischen immateriellen und materiellen Gütern. Nach Scherhorn brechen die materiellen Güter in die Domäne der immateriellen Befriedigungen ein und versuchen, diese gleichsam zu usurpieren. In diesem Zusammenhang spielt die Frage nach intrinsischen Motivationen eine nicht zu unterschätzende Rolle. In Experimenten läßt sich nachweisen, daß der Handlungsnutzen, hier verstanden als Freude an kreativer Tätigkeit, reduziert wird, wenn z.B. materielle Belohnungen dazu führen, daß die intrinsische Motivation zurückgeht. Die vorgestellten Experimente wurden anschließend ausgiebig diskutiert.

Frau Prof. Dr. Kathrin Borcherdig (Technische Hochschule Darmstadt) referierte als Gast des Ausschusses über die „Psychologie des Entscheidens bei mehrfacher Zielsetzungen“. In empirischen Untersuchungen zur Entscheidungsforschung zeigt sich immer wieder, daß Menschen schlechte Informationsverarbeiter insbesondere dann sind, wenn eine Vielzahl von unterschiedlich relevanten Informationen zu einem Gesamturteil zu aggregieren ist. Interessenabwägungen, bei denen mehr als sieben Aspekte zu berücksichtigen sind, überfordern in aller Regel die „Entscheidungsmaschine Mensch“. Als Hilfe bei der Entscheidungsfindung bieten sich Verfahren der multiattributiven Nutzentheorie an. Wie diese Entschei-

dungshilfen angewendet werden können, wurde von der Referentin experimentell untersucht. Dabei zeigte sich, daß bei einer hierarchischen Strukturierung des Problems insbesondere der Grad der Hierarchisierung und das Ausmaß der Spezifikation von entscheidender Bedeutung für die Entscheidungen sind.

Prof. Dr. *Wolfgang Scholl* (Universität Göttingen) sprach über „Gruppenarbeit in Organisationen: Zur empirischen Haltbarkeit des Transaktionskostenmodells von Williamson“. In der Organisationsforschung hat das Transaktionskostenmodell von Williamson sehr viel Beachtung gefunden. Seine spezifischen Annahmen und Folgerungen sind aber selten empirisch geprüft worden. Am Beispiel der Ausführungen zu „Peer groups and simple hierarchies“, in denen Williamson die Überlegenheit hierarchischer Strukturierungen von Gruppen aus seinem Modell ableitet, läßt sich zeigen, daß die empirische Organisations- und Gruppenforschung zu genau gegenteiligen Resultaten gekommen ist. Verdeutlicht wurde dies am Konzept „teilautonomer Gruppen“, das mit deutlichen Effizienzgewinnen in die Praxis eingeführt wurde, aber trotzdem gerade wegen seiner nicht-hierarchischen Elemente im Management auf wenig Gegenliebe gestoßen ist. Aus Literaturstudien und aus eigenen Forschungsergebnissen konnte der Referent zeigen, daß nicht nur die Schlußfolgerungen von Williamson empirisch unhaltbar sind, sondern gerade auch seine Prämisse, auf die sich die Ableitungen stützen. Fazit: ökonomische Konzepte im Stile von Williamsons Transaktionskostentheorie sollten besser auf die empirisch überprüften Erkenntnisse in den Nachbarwissenschaften abgestützt werden.

Im vierten Beitrag referierte Frau Prof. Dr. *Ulrike Leopold* (Universität Graz) als Gast des Ausschusses über „Erwartungsbildung und Systemsteuerung in einem Computereperiment“. In Experimenten zur Steuerung komplexer dynamischer Systeme knüpft die heutige Kognitionspsychologie mit Untersuchungen über das Problemlöseverhalten an den Gegenstand der früheren Denkpsychologie an. Seit etwa fünfzehn Jahren werden hierfür bevorzugt computergestützte Experimente verwendet, die als künstliche Systeme implementiert sind und in unterschiedlichen szenarischen Einkleidungen den Versuchspersonen dargeboten werden können. In diese Forschungsrichtung ist das vorgestellte Computereperiment einzuordnen. Gemeinsames Ziel der Kognitionspsychologie und der experimentellen Wirtschaftsforschung ist es, nach brauchbaren ex-ante-Theorien zu suchen, die empirisch gehaltvoll sind und auf eine bestimmte Problemklasse insgesamt angewendet werden können. In dem vorgestellten Experiment ist ein (einfaches) Lotka-Volterra-System mit stetiger Zeitführung und diskreten Eingriffszeitpunkten untersucht worden. Das Verhalten der Versuchspersonen läßt sich hier verhältnismäßig gut durch mentale Modelle zu den Szenarien und daraus abgeleitete Entscheidungsregeln erklären.

Der fünfte Beitrag von Prof. Dr. *Karl-Dieter Opp* (Universität Hamburg) beschäftigte sich mit dem Thema „Repression und Revolution: DDR 1989“. Repressionen haben zuweilen eine Abschreckungswirkung und zuweilen auch einen Radikalisierungseffekt. Zur Vorhersage der theoretisch zu erwartenden Auswirkung hat der Referent ein auf einem Kostenvergleich basierendes theoretisches Modell entwickelt. Damit ließ sich zeigen, daß zunehmende Repression einmal einen direkten abschreckenden Effekt auf die Teilnahme an Protesten hat, daß zum anderen aber auch steigende Repression positive Anreize für Protestaktionen in sich bergen kann. Eine repräsentative Umfrage unter 1300 Leipziger Bürgern im Herbst 1990 bestätigt die Hypothesen im großen und ganzen. Daraus läßt sich schließen, daß die Proteste in der DDR im Jahre 1989 – trotz hoher Repression – entstehen konnten, weil die positiven Anreize aufgrund politischer Ereignisse

(z.B. Liberalisierung in Osteuropa) anstiegen, so daß Repression unwirksam wurde.

Im sechsten Vortrag referierte Prof. Dr. *Ulrich Witt* (Universität Freiburg) über das Thema „Beschränkte Rationalität, Kommunikation und die Ökonomie der Massenmediengesellschaft“. Zahlreiche Phänomene, die für die moderne Massenmediengesellschaft charakteristisch sind, lassen sich erklären, wenn man von der Hypothese absolut rationalen Verhaltens abrückt und davon ausgeht, daß die Individuen aus einer Reihe von Gründen allenfalls beschränkt rationales Verhalten zeigen. In dem Referat wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, daß die Individuen nur begrenzte Möglichkeiten zur Informationsverarbeitung und zur Speicherung von Informationen haben und aus diesem Grund nur selektive Informationsaufnahme-möglichkeiten besitzen. Daraus folgt, daß sie stets von einer eingeschränkten Menge möglicher Handlungsalternativen ausgehen und somit i. d. R. nur suboptimale Alternativen wählen können.

Prof. Dr. O. Becker, Heidelberg

Ausschuß für Außenwirtschaftstheorie und -politik

Die Tagung fand am 21./22. 5. 1993 in der Maximilian Universität in München statt.

Auf der Tagung (die örtliche Vorbereitung hatte Prof. Dr. *Karlhans Sauernheimer*) wurden die folgenden fünf Referate gehalten und diskutiert¹. Prof. Dr. *H.-J. Heinemann* wurde als Vorsitzender in seinem Amt bis 1995 bestätigt. Der Präsident der Landeszentralbank in Bayern gab für die Tagungsteilnehmer einen Empfang, auf dem er zur aktuellen geld- und währungspolitischen Lage sprach, ihm schloß sich ein Abendessen auf Einladung der LZB an.

Prof. Dr. *Wilhelm Kohler* (Essen), „Strategic Trade Policy and Integration“: Zunächst bedeutet die wirtschaftliche Integration eine Vermeidung realer Handelskosten. Darüber hinaus kann eine Zoll- oder Wirtschaftsunion zu einer Harmonisierung der Politiken der Mitgliedsländer führen. Dies wiederum kann bei Verwendung strategischer Handelspolitiken dazu beitragen, daß aus nicht-kooperativen Lösungen überlegene (zumind. für die Mitgliedsländer) kooperative Lösungen werden. Wie sich Art und Umfang strategischer Handelspolitiken v. a. im Außenverhältnis ändern, hängt davon ab, ob die Strategien im substitutiven oder komplementären Verhältnis stehen. Es kann nicht eindeutig gesagt werden, ob Zollunionen ihre Wohlfahrt am ehesten dadurch steigern, ob sie offen gegenüber Drittländern oder zu Handelsfestungen werden.

Prof. Dr. *Wolfgang Maennig* (Berlin/Hamburg), „Hysterese im Außenhandel“: Ausgangspunkt war die Feststellung, daß die u. a. durch die Dollaraufwertung zu Beginn der achtziger Jahre verursachten hohen Leistungsbilanzsalden der USA, Japans und der Bundesrepublik nach dem Absinken des Dollarkurses nicht – wie aus traditioneller Sichtweise zu erwarten wäre – zurückgingen. Hysteretische Modelle gehen dagegen von Beharrungszuständen aus, die aus strukturellen Verschiebungen u. a. im Zusammenhang mit dem wechselkursbedingten Eintritt japanischer und deutscher Firmen in dem amerikanischen Markt entstehen. Solche An-

¹ Obwohl alle Referate auf deutsch vorgetragen wurden, sind in drei Fällen die englischen Titel angegeben, da sie vermutlich auch für die zu erwartenden Veröffentlichungen verwendet werden.

derungen der Produktionsstruktur werden von den Hysterese-Ansätzen nur andeutungsweise untersucht. Die empirischen Beobachtungen können die Untersuchungen weder bestätigen noch verwerfen.

PD Dr. *Heinz-Gert Preuße* (Göttingen), „Regionalisierung des Welthandels – Chance oder Hemmnis für die Entwicklung der multilateralen Handelsordnung?“ Die neue Regionalisierungswelle der achtziger Jahre ist vor dem Hintergrund einer veränderten amerikanischen Handelspolitik zu sehen, die als wesentlich protektionistischer einzuschätzen ist als früher. Auch seitens der EG sind zunehmend protektionistische Aktivitäten festzustellen. Es muß daher bezweifelt werden, ob die neuen regionalen Zusammenschlüsse im Außenverhältnis die vom GATT verlangte Offenheit aufweisen, so daß auch die von ihren Befürwortern behaupteten dynamischen Wachstumsimpulse als keineswegs gesichert anzusehen sind.

Dr. *Michael Rauscher* (Kiel), „Environmental Legislation as a Tool of Trade Policy“: Nicht internalisierte Umweltschädigungen können die Exportchancen umweltintensiver Produkte verbessern und entsprechende Effekte auf die Faktorenlöhne ausüben. „Ökologisches Dumping“ kann zu vom Ausland unerwünschten terms of trade-Effekten führen und deshalb Retorsionsmaßnahmen auslösen. Produktsteuern können dazu beitragen, Umweltbelastungen zu internalisieren und ein verzerrungsfreies Gleichgewicht in den außenwirtschaftlichen Beziehungen herbeizuführen. Schädigungen der heimischen Wirtschaft durch ausländisches „Ökologisches Dumping“ ist gegebenenfalls durch Importzölle bzw. nicht-tarifäre Einfuhrbelastungen zu bekämpfen.

Dr. *Peter Welzel* (Augsburg), „Oligopolistic Tragedies – National Governments and the Exploitation of International Common Property“: Eine gewisse Verwandtschaft zu dem Papier von Rauscher ist in Welzels Analyse zu finden. Wird Gemeineigentum privat genutzt, stellt sich auch in der geschlossenen Wirtschaft eine übermäßige Inanspruchnahme ein. In der offenen Wirtschaft verschärft sich das Problem, wenn entsprechende steuerliche Maßnahmen zur Rentenumlenkung von ausländischen zu heimischen Produzenten führen. Kooperatives Verhalten der Regierungen, Androhung von Retorsionsmaßnahmen bei wiederholtem Fehlverhalten und internationale Unternehmen können zur Lösung beitragen, neu hinzutretende Firmen können dagegen die Übernutzung vergrößern. Analytisch geht der Verfasser von mehrstufigen Oligopolspielen aus.

Die nächste Tagung des Ausschusses findet am 13./14.5.94 in Paderborn statt. Dort sollten wiederum neue Aspekte aus Außenwirtschaftstheorie und -politik diskutiert werden.

Prof. Dr. H.-J. Heinemann, Hannover